

Auch VU beschliesst die Nein-Parole

Franchisebefreiung für Rentner: 63 Prozent des Parteivorstandes dagegen.

Patrik Schädler

Am 26. Juni wird über die Initiative der Demokraten pro Liechtenstein (DpL) zur Befreiung der Krankenkassen-Franchise für Versicherte, die das ordentliche Rentenalter erreicht haben, abgestimmt. Gestern wurden die Abstimmungsunterlagen an die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger versandt. Ebenfalls gestern traf sich der Parteivorstand der Vaterländischen Union (VU) in Vaduz, um über eine Abstimmungsparole zu befinden. Nach einer Präsentation des DpL-Fraktionsprechers Herbert Elkuch wurde über die Abstimmungsempfehlung debattiert. «Am Ende kam nach einer ausführlichen Diskussion und Abwägen der Pro- und Kontra-Meinungen mit 63 Prozent der Stimmen ein Nein zustande», schreibt die Partei in einer Medienmitteilung. Am Ende hätten die Argumente schwerer gewogen, welche in der Initiative eine «Pflästerle-Politik» sehen. Einheitlich sei die Meinung ge-

wesen, dass vor allem jene Rentner unterstützt werden sollten, welche auf staatliche Hilfen angewiesen seien. Zudem bestehe mit der einseitigen Initiative die Gefahr, dass die Entlastungen anderer Bedürftiger zu kurz kommen und damit eine Entsolidarisierung zwischen den Generationen forciert werde. Zudem stehe auch mit der Initiative zur Wiedereinführung des Mischindex bei der Höhe der Rentenberechnung auf Ebene der AHV eine Massnahme für Rentner im Raum.

Auch FBP sprach sich gegen DpL-Initiative aus

Die FBP hatte bereits am 17. Mai 2022 die Nein-Parole beschlossen. Dort kam der Landesvorstand grossmehrheitlich zum Schluss, dass solche Unterstützungen nicht mit der Giesskanne erfolgen sollten, sondern dort, wo sie effektiv gebraucht werden. Erst nach dem Vorliegen eines neuen «Armutberichts» könne evaluiert werden, wer ungeachtet des Alters gezielt unterstützt wer-

den müsse. Auch im Landtag sprachen sich trotz der knapp 3000 gesammelten Unterschriften in der Mai-Session 19 Abgeordnete gegen den Vorstoss aus. Regierungsrat Manuel Frick warnte auch davor, dass bei einer Annahme des Vorschlages die Krankenkassenprämien steigen könnten.

Trotz der Ablehnung der Regierungsparteien ist der Vorstoss der DpL – welche gestern ebenfalls mit einer Sonderausgabe ihrer Parteipublikation «Transparent» an alle Haushalte ging – am 26. Juni an der Urne nicht chancenlos. Das Interesse am Thema begrenzt sich auf die Generation im Rentenalter. Zudem ist mit Ausnahme von ein paar wenigen Pro-Leserbriefen kein Abstimmungskampf auszumachen. Abgesehen von den Abstimmungsparolen ist von den Regierungsparteien keine grosse Gegenwehr mehr zu erwarten. Sollte es also nicht gelingen, die jüngere Generation an die Urne zu bringen, hat der Vorstoss gute Chancen für eine Mehrheit.